

ab am: Genehmigt am:

**Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am Donnerstag,
16.05.2019 um 20.00 Uhr im Rathaus der Gemeinde Rhede (Ems)**

Anwesend:

Ratsvorsitzender (RV) Theo Staars
Ratsherr Henning Behrens
Bürgermeister (BM) Gerd Conens
Ratsherr Heinz Heyers
Ratsherr Rochus Hiller
Ratsherr Frank Hunfeld
Ratsherr Gerd Husmann
Ratsfrau Christine Langen (geb. Többen)
Ratsherr Hans-Jürgen Pohl
Ratsherr Wilhelm Santen
Ratsfrau Anni Schlömer
Ratsherr Jens Willerding

Es fehlt entschuldigt:

Ratsherr Joachim Hübner
Ratsherr Josef Schubert
Ratsfrau Grietje van der Wal

Verwaltung:

Gemeindeangestellter (GA) H.-B. Lüsing-Hauert, Protokoll

Pressevertreter:

Herr Gerd Schade, Ems-Zeitung

Zuhörer:

Frau Angelika Grote (zu TOP 5 und 6)
6 Bürgerinnen/Bürger

Tagesordnung

01. Eröffnung der öffentlichen Sitzung
02. Feststellung der ordnungsmäßigen Ladung und der Beschlussfähigkeit
03. Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge
04. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 21.02.2019
05. Feststellung der Voraussetzung für die Beendigung der Mitgliedschaft im Gemeinderat gem. § 52 Abs. 2 NKomVG
06. Verpflichtung der Ersatzperson und Neubesetzung der Fachausschüsse

07. Vorlagen des Ausschusses für Bau und Umwelt (Sitzung am 06.05.2019)

07.1 35. Änderung des Flächennutzungsplanes – „Südlich Neurheder Straße / Östlich Heinz-Meyer-Weg“ in Rhede; hier: Beschluss zur Billigung des Planentwurfs und Auslegungsbeschluss (SV-Nr. 2019-18)

- 07.2 Bebauungsplan Nr. 28 „Südlich Neurheder Straße / Östlich Heinz-Meyer-Weg“ in Rhede; hier: Beschluss zur Billigung des Planentwurfs und Auslegungsbeschluss (SV-Nr. 2019-19)
- 07.3 36. Änderung des Flächennutzungsplanes – Ausweisung von gemischten Bauflächen (Zone für Handel, Handwerk und Dienstleistung); hier: Behandlung der Stellungnahmen und Feststellungsbeschluss (SV-Nr. 2019-20)
- 07.4 6. Änderung B-Plan Nr. 18 „Timphauk“ - Ausweisung von gemischten Bauflächen (Zone für Handel, Handwerk und Dienstleistung); hier: Behandlung der Stellungnahmen und Satzungsbeschluss (SV-Nr. 2019-21)
- 08. Vorlagen des Verwaltungsausschusses (Sitzung am 09.05.2019)
- 08.1 Aufnahme in das Dorfentwicklungsprogramm der Gemeinde Rhede (Ems); hier: Auftragsvergabe eines Planungsbüros (SV-Nr. 2019-22)
- 08.2 Wiedereinführung der maschinellen Straßenreinigung in der Fasanen- und Hedwigstraße (SV-Nr. 2019-24)
- 08.3 Abschluss einer öffentlich rechtlichen Zweckvereinbarung mit der Stadt Papenburg zur Abnahme von Klärschlamm (SV-Nr. 2019-26)
- 09. Mitteilungen des Bürgermeisters
- 10. Anträge und Anfragen
- 11. Einwohnerfragestunde
- 12. Schließung der Sitzung

01. Eröffnung der öffentlichen Sitzung

Der Ratsvorsitzende Staars begrüßt die Anwesenden und eröffnet die öffentliche Sitzung des Rates.

02. Feststellung der ordnungsmäßigen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Die ordnungsmäßige Ladung wird bei Anwesenheit der aufgeführten Ratsmitglieder festgestellt. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

03. Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge

Die vorstehende Tagesordnung wird mit Zustimmung aller Ratsmitglieder festgestellt. Weitere Anträge liegen nicht vor.

04. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 21.02.2019

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 21.02.2019 wird einstimmig genehmigt.

05. Feststellung der Voraussetzung für die Beendigung der Mitgliedschaft im Gemeinderat gem. § 52 Abs. 2 NKomVG, Az.: 022-13,SV-Nr.: 2019-28

BM Conens trägt vor:

„Nach § 52 Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 NKomVG endet die Mitgliedschaft im Gemeinderat durch Verzicht, wenn dieser dem Bürgermeister schriftlich erklärt worden ist. Zudem muss der Gemeinderat gemäß § 52 Absatz 2 NKomVG in seiner nächsten Sitzung feststellen, dass die Voraussetzungen für einen Sitzverlust vorliegen. Dem Betroffenen ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Eine nichtabgegebene Stellungnahme der Betroffenen ist

unschädlich. Die Ratsfrau Grietje van der Wal, Flaarweg 2, 26899 Rhede der CDU-Ratsfraktion hat mit Schreiben vom 02. Mai 2019 (siehe Anlage) auf ihre Mandat im Gemeinderat verzichtet. Der Verzicht ist nach § 52 Abs. 1 Satz 2 NKomVG unwiderruflich.“

Frau van der Wal kann aufgrund eines Trauerfalles nicht an der heutigen Sitzung teilnehmen.

Ratsherr Willerding bedauert das Ausscheiden von Frau van der Wal aus persönlichen und zeitlichen Gründen. Sie war als zugezogene Niederländerin in den Rat der Gemeinde Rhede gewählt worden und zeigte sich hier sehr engagiert. Er bedankt sich an dieser Stelle für ihre Mitarbeit.

BM Conens dankt Frau van der Wal für ihren Einsatz zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Rhede (Ems).

Die Mitglieder des Rates fassen einstimmig folgenden Beschluss:

„Der Gemeinderat stellt fest, dass das Gemeinderatsmitglied der CDU-Ratsfraktion, Frau Grietje van der Wal, rechtswirksam auf ihre Mitgliedschaft im Rat der Gemeinde Rhede (Ems) verzichtet hat.“

06. Verpflichtung der Ersatzperson und Neubesetzung der Fachausschüsse Az.: 022-30, SV-Nr.: 2019-29

BM Conens trägt vor:

„Frau Grietje van der Wal hat ihren Verzicht der Ratsmitgliedschaft erklärt. Die Rechtswirksamkeit dieser Erklärung wird durch Beschluss des Rates festgestellt.

Von der Wahlleitung ist in der Wahlausschusssitzung am 15.09.2016 nach § 38 Absatz 6 NKWG festgestellt worden, dass Frau Angelika Grote die erste Ersatzperson für die durch Listenwahl gewählten Bewerber(innen) der CDU Rhede ist. Frau Grote ist darüber schriftlich benachrichtigt worden und möchte das freiwerdende Mandat annehmen. Die schriftliche Erklärung wird in Kürze erwartet.

Das neue Ratsmitglied ist vom Bürgermeister förmlich zu verpflichten, ihre Aufgaben nach bestem Wissen und Gewissen unparteiisch zu erfüllen und die Gesetze zu beachten (§ 60 NKomVG). Die Verpflichtung kann weiterhin in der früheren Form durch Handschlag erfolgen. Die Pflichtenbelehrung der Abgeordneten durch den Hauptverwaltungsbeamten ist in den §§ 54 und 43 des NKomVG verankert. Die Mitglieder der Vertretung üben ihre Tätigkeit im Rahmen der Gesetze nach ihrer freien, nur durch Rücksicht auf das öffentliche Wohl geleiteten Überzeugung aus. Der § 54 Absatz 3 NKomVG verweist auf die §§ 40, 41, 42 Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 sowie 43 NKomVG. Die Pflichtenbelehrung ist aktenkundig zu machen.

BM Conens nimmt die förmliche Verpflichtung und die Pflichtenbelehrung von Frau Angelika Grote vor.

Aufgrund der neuen Mitgliedschaft von Frau Grote im Gemeinderat ist eine Neubesetzung der Fachausschüsse nach § 71 Abs. 9 NKomVG erforderlich. Diese muss vom Rat durch Beschluss festgestellt werden.

Die ausgeschiedene Ratsfrau van der Wal war in folgende Fachausschüsse berufen:

1. Ausschuss für Soziales, Jugend und Sport
2. Ausschuss für Bau und Umwelt

3. Ausschuss für Schule und grenzüberschreitende Zusammenarbeit
4. Vertreterin für Ratsfrau Schlömer im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Touristik

Rh. Willerding teilt für die CDU- Ratsfraktion mit, dass das neue Ratsmitglied, Frau Angelika Grote, in die jeweiligen Ausschüsse (Ausschuss für Soziales, Jugend und Sport, Ausschuss für Bau und Umwelt, Ausschuss für Schule und grenzüberschreitende Zusammenarbeit, Stellvertreter im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Touristik) berufen werden soll. Weiterführende Veränderungen gibt es nicht. Nachstehendes Schreiben der CDU-Ratsfraktion gemäß § 71 Abs. 9 NKomVG wird vorgelegt.



Ratsfraktion Rhede (Ems)

26899 Rhede (Ems)
 Tel. : 04964 / 8054510
 Mobil: 0174 / 5210 444
 Mail: Jens.Willerding@gmx.de

Gemeinde Rhede (Ems)
 Herrn Bürgermeister Conens
 Gerhardyweg 1

26899 Rhede (Ems)

Rhede, 16.05.2019

**Antrag der CDU Ratsfraktion
 Neubesetzung der Ausschüsse**

Sehr geehrter Herr Conens,

aufgrund des Ausscheidens von Grietje van der Wal aus dem Gemeinderat und dem Nachrücken der Ersatzperson Angelika Grote beantragt die CDU Ratsfraktion folgende Neubesetzung der Fachausschüsse:

Angelika Grote übernimmt die Sitze und Vertretungen von Grietje van der Wal.

Dieses sind:

1. Sitz im Ausschuss für Soziales, Jugend und Sport
2. Sitz im Ausschuss für Bau und Umwelt
3. Sitz Ausschuss für Schule und grenzüberschreitende Zusammenarbeit
4. Vertreterin für Ratsfrau Schlömer im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Touristik

Weitere Änderungen der Ausschüsse werden nicht beantragt.

Mit freundlichen Grüßen

Jens Willerding
 (Fraktionsvorsitzender)

Die Mitglieder des Rates fassen einstimmig folgenden Beschluss:

„Frau Angelika Grote wird nach § 38 Absatz 3 NKWG als erste Ersatzperson in den Rat der Gemeinde Rhede (Ems) berufen. Die förmliche Verpflichtung und die Pflichtenbelehrung wurden vom Bürgermeister durchgeführt. Der Rat der Gemeinde Rhede (Ems) stellt die geänderte Besetzung der Fachausschüsse durch Beschluss fest.“

Neue Übersicht der Fachausschüsse der Gemeinde Rhede (Ems):

Ausschuss für Soziales, Jugend und Sport	Vertreter(in)	Fraktion
Christine Langen, Ausschussvorsitzende	Frank Hunfeld	CDU-Ratsfraktion
Henning Behrens, Stv. Ausschussvorsitzender	Heinz Heyers	CDU-Ratsfraktion
Rochus Hiller	Josef Schubert	CDU-Ratsfraktion
Angelika Grote	Theo Staars	CDU-Ratsfraktion
Joachim Hübner	Hans-Jürgen Pohl	SPD-Ratsfraktion
Ausschuss für Bau und Umwelt	Vertreter(in)	Fraktion
Josef Schubert, Ausschussvorsitzender	Gerd Husmann	CDU-Ratsfraktion
Theo Staars, Stv. Ausschussvorsitzender	Jens Willerding	CDU-Ratsfraktion
Frank Hunfeld	Wilhelm Santen	CDU-Ratsfraktion
Heinz Heyers	Henning Behrens	CDU-Ratsfraktion
Rochus Hiller	Christine Langen	CDU-Ratsfraktion
Angelika Grote	Anni Schlömer	CDU-Ratsfraktion
Hans-Jürgen Pohl	Joachim Hübner	SPD-Ratsfraktion
Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Touristik	Vertreter(in)	Fraktion
Henning Behrens, Ausschussvorsitzender	Rochus Hiller	CDU-Ratsfraktion
Anni Schlömer, Stv. Ausschussvorsitzende	Angelika Grote	CDU-Ratsfraktion
Frank Hunfeld	Heinz Heyers	CDU-Ratsfraktion
Jens Willerding	Theo Staars	CDU-Ratsfraktion
Joachim Hübner	Hans-Jürgen Pohl	SPD-Ratsfraktion
Ausschuss für Schule + grenzüberschr. Zusammena	Vertreter(in)	Fraktion
Gerhard Husmann, Ausschussvorsitzender	Josef Schubert	CDU-Ratsfraktion
Wilhelm Santen, Stv. Ausschussvorsitzender	Christine Langen	CDU-Ratsfraktion
Heinz Heyers	Rochus Hiller	CDU-Ratsfraktion
Anni Schlömer	Henning Behrens	CDU-Ratsfraktion
Angelika Grote	Frank Hunfeld	CDU-Ratsfraktion
Hans-Jürgen Pohl	Joachim Hübner	SPD-Ratsfraktion

07. Vorlagen des Ausschusses für Bau und Umwelt (Sitzung am 06.05.2019)

BM Conens informiert vorab Ratsmitglieder und Zuhörer über den Ablauf der Änderung des Flächennutzungsplanes sowie zur Aufstellung eines Bebauungsplanes mit den jeweiligen umfangreichen Beteiligungs- und Abstimmungsverfahren.

07.1 35. Änderung des Flächennutzungsplanes – „Südlich Neurheder Straße / Östlich Heinz-Meyer-Weg“ in Rhede; hier: Beschluss zur Billigung des Planentwurfs und Auslegungsbeschluss, Az.: 621-12 XXXVIII (F-Plan), SV-Nr. 2019-18

BM Conens trägt hierzu vor:

„Anlass der Planänderung/ Ziele und Zwecke der Planung

In den vorhandenen Baugebieten (BG Timphauk, BG Tempelsweg, Im Fellende) stehen nur noch einzelne Restgrundstücke zur Verfügung. Das zurzeit in der Erschließung befindliche Baugebiet am Spieksee verfügt zwar noch über ausreichende Kapazitäten an Baugrundstücken, die Gemeinde Rhede (Ems) ist aber der Auffassung, dass durch die Lage

des vorliegenden Plangebietes an der südlichen Gemeindegrenze ein anderes Klientel angesprochen und somit ein größeres Spektrum an Wohnqualität im Gemeindegebiet vorgehalten wird. Das Baugebiet stellt eine sinnvolle Ergänzung der Angebotspalette für Wohnbaugrundstücke in der Gemeinde Rhede (Ems) dar. Es ist geplant die Wohnbauflächen durch einen örtlichen Bauträger in Abstimmung mit der Gemeinde Rhede zu vermarkten. Entsprechende Bauinteressenten haben sich bereits vormerken lassen. Für die im Plangebiet vorgesehenen ca. 6 Bauplätze liegen dem Bauträger bereits Anfragen vor. Somit kann mit einer kurzfristigen Erschließung und Bebauung des Plangebietes gerechnet werden. Entgegen dem allgemeinen Trend ist für den Landkreis Emsland in den nächsten Jahren mit einem Anstieg der Bevölkerung zu rechnen, daher ist die Bereitstellung von zusätzlichem Wohnraum auch zukünftig erforderlich. Um diesem Trend Rechnung zu tragen will die Gemeinde Rhede (Ems) weitere Flächen westlich des Ortskerns von Rhede (Ems), als Erweiterung für Wohnbauflächen ausweisen. Ziel der Planungen ist die Arrondierung und Verdichtung der Bebauung sowie die Verhinderung einer Zersiedelung.

Plangebiet

Der Geltungsbereich der 35. Änderung des Flächennutzungsplans liegt westlich der Ortslage Rhede (Ems) und südlich der Kreisstraße 166 (Neurheder Straße). Das Plangebiet umfasst Flächen für die Wohnbaunutzung welche sich an die vorhandene Bebauung gem. § 34 BauGB – Zulässigkeit von Vorhaben der im Zusammenhang bebauten Ortsteile – an schließen. Der folgenden Abbildung kann die Lage des Geltungsbereiches entnommen werden.



Vorbereitende Bauleitplanung

Die vorbereitende Bauleitplanung (Änderung des Flächennutzungsplans) dient der Darstellung der beabsichtigten städtebaulichen Entwicklung im Gemeindegebiet gemäß § 5 Abs. 1 BauGB. Aus dem rechtswirksamen Flächennutzungsplan können dann im Verfahren der verbindlichen Bauleitplanung Bebauungspläne, auch für Teilbereiche des Flächennutzungsplans, entwickelt werden.

Aufstellungsbeschluss, Bekanntmachung

Der Gemeinderat hat am 11.09.2018 beschlossen, den Flächennutzungsplan gem. § 2 Abs. 1 BauGB i.V.m. § 1 Abs. 8 BauGB für den im Lageplan dargestellten Bereich zu ändern. Der Änderungsbeschluss wurde mit Aushang vom 19.09.2018 öffentlich bekannt gemacht.

Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit

Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB wurde in Form einer Planaufgabe bei der Gemeinde Rhede (Ems) vom 27.09.2018 bis 26.10.2018 mit Gelegenheit zur Äußerung und zur Erörterung der Planung durchgeführt.

Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung eingegangenen Anregungen und Bedenken der Öffentlichkeit wurden entsprechend der beigefügten Zusammenfassung bei der Aufstellung der Planunterlagen berücksichtigt (Anlage 1).

Frühzeitige Beteiligung der Behörden, Nachbargemeinden und sonstigen Träger öffentlicher Belange:

Die frühzeitige Unterrichtung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB wurde mit Schreiben vom 26.09.2018 vorgenommen. Auf die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit in Form einer Planauslage vom 27.09.2018 bis 26.10.2018 wurde hingewiesen. Den beteiligten Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange wurde Gelegenheit gegeben, bis zum 26.10.2018 eine Stellungnahme zu der beabsichtigten Planung und dem vorgesehenen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung abzugeben. Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der betroffenen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Anregungen und Bedenken wurden entsprechend der beigefügten Zusammenfassung bei der Aufstellung der Planunterlagen berücksichtigt (Anlage 1).“

BM Conens weist auf die Stellungnahme des Landkreises bzgl. Umwelt- und Naturbelangen auf dem Grundstück hin.

Des Weiteren informiert er über eine Stellungnahme der Landwirtschaftskammer. Diese weist darauf hin, dass sich östlich des geplanten Baugebietes sich Hofstelle Schade befindet. Schade betreibt westlich des Baugebietes einen Legehennenstall. Immissionsüberschreitungen in dem Plangebiet werden jedoch nicht erwartet.

Vorschlag der Verwaltung

Die Verwaltung schlägt vor, die eingegangenen Stellungnahmen entsprechend dem Abwägungsvorschlag zu entscheiden. Die Verwaltung schlägt weiterhin vor, die 35. Änderung des Flächennutzungsplanes – „Südlich Neurheder Straße / Östlich Heinz-Meyer-Weg“ in Rhede nebst Anlagen zu billigen.

Die Planunterlagen sind öffentlich auszulegen und die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind zu beteiligen.

Der Fachausschuss und der Verwaltungsausschuss haben dem Beschlussvorschlag einstimmig zugestimmt.

Die Mitglieder des Rates fassen einstimmig nachstehenden Beschluss:

„Die 35. Änderung des Flächennutzungsplanes – „Südlich Neurheder Straße / Östlich Heinz-Meyer-Weg“ in Rhede wird gebilligt und nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt. Die 35. Änderung des Flächennutzungsplanes – „Südlich Neurheder Straße / Östlich Heinz-Meyer-Weg“, die Begründung, die umweltbezogenen Informationen und die wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen werden in der Zeit vom 31.05.2019 bis 01.07.2019 im Rathaus zur allgemeinen Information der Öffentlichkeit öffentlich ausgelegt. Stellungnahmen zum Entwurf können bis zum 01.07.2019 abgegeben werden. Verspätet abgegebene Stellungnahmen können bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan gem. § 4a Abs. 6 BauGB unberücksichtigt bleiben. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange werden parallel gem. § 4 Abs. 2 BauGB beteiligt und über die öffentliche Auslegung benachrichtigt. Die Verwaltung wird beauftragt, Ort und Dauer der Auslegung mindestens 1 Woche vorher ortsüblich gemäß Hauptsatzung bekannt zu machen mit dem Hinweis darauf, dass Bedenken und Anregungen während der Auslegungsfrist vorgebracht werden können.“

07.2 Bebauungsplan Nr. 28 „Südlich Neurheder Straße / Östlich Heinz-Meyer-Weg“ in Rhede; hier: Beschluss zur Billigung des Planentwurfs und Auslegungsbeschluss AZ. 621-794, SV-Nr. 2019-19

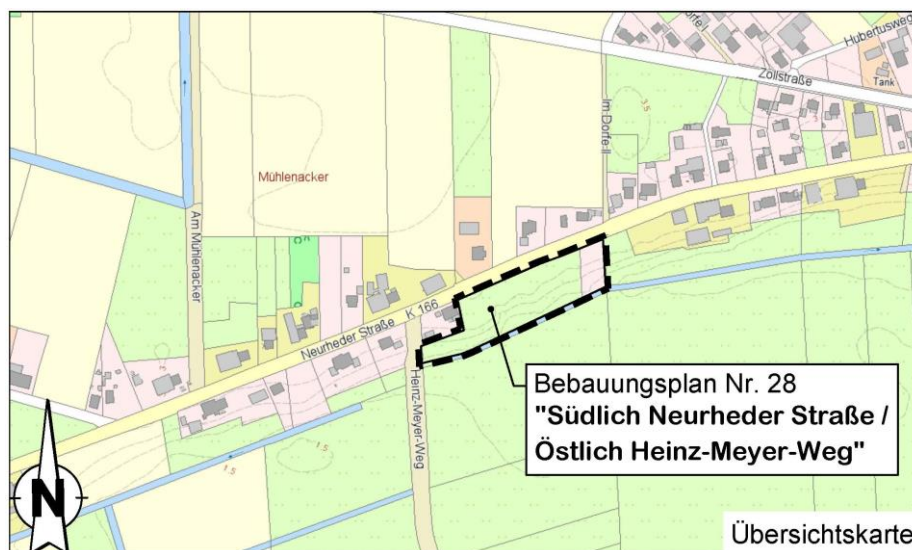
BM Conens trägt vor:

„Anlass der Planänderung/ Ziele und Zwecke der Planung

In den vorhandenen Baugebieten (BG Timphauk, BG Tempelsweg, Im Fellende) stehen nur noch einzelne Restgrundstücke zur Verfügung. Das zurzeit in der Erschließung befindliche Baugebiet am Spieksee verfügt zwar noch über ausreichende Kapazitäten an Baugrundstücken, die Gemeinde Rhede (Ems) ist aber der Auffassung, dass durch die Lage des vorliegenden Plangebietes an der südlichen Gemeindegrenze ein anderes Klientel angesprochen und somit ein größeres Spektrum an Wohnqualität im Gemeindegebiet vorgehalten wird. Das Baugebiet stellt eine sinnvolle Ergänzung der Angebotspalette für Wohnbaugrundstücke in der Gemeinde Rhede (Ems) dar. Es ist geplant die Wohnbauflächen durch einen örtlichen Bauträger in Abstimmung mit der Gemeinde Rhede zu vermarkten. Entsprechende Bauinteressenten haben sich bereits vormerken lassen. Für die im Plangebiet vorgesehenen ca. 6 Bauplätze liegen dem Bauträger bereits Anfragen vor. Somit kann mit einer kurzfristigen Erschließung und Bebauung des Plangebietes gerechnet werden. Entgegen dem allgemeinen Trend ist für den Landkreis Emsland in den nächsten Jahren mit einem Anstieg der Bevölkerung zu rechnen, daher ist die Bereitstellung von zusätzlichem Wohnraum auch zukünftig erforderlich. Um diesem Trend Rechnung zu tragen will die Gemeinde Rhede (Ems) weitere Flächen westlich des Ortskerns von Rhede (Ems), als Erweiterung für Wohnbauflächen ausweisen. Ziel der Planungen ist die Arrondierung und Verdichtung der Bebauung sowie die Verhinderung einer Zersiedelung.

Plangebiet

Das Plangebiet liegt am westlichen Ortseingang der Gemeinde Rhede (Ems) südlich der Neurheder Straße (Kreisstraße 166). Der folgenden Abbildung kann die Lage des Geltungsbereiches entnommen werden.



Vorbereitende Bauleitplanung

Der Bebauungsplan (B-Plan) soll aus dem Flächennutzungsplan (F-Plan) entwickelt werden (§ 8 Abs. 2 BauGB). Der F-Plan soll im Parallelverfahren in Rahmen der 35. Änderung des F-Planes – Südlich Neurheder Straße / Östlich Heinz-Meyer-Weg – entsprechend den geplanten Festsetzungen des Bebauungsplans als Wohnbauflächen (W) gemäß § 1 Abs. 1 Nr. 1 BauNVO dargestellt werden.

Aufstellungsbeschluss, Bekanntmachung

Der Gemeinderat hat am 11.09.2018 beschlossen, den Bebauungsplan gem. § 2 Abs. 1 BauGB i.V.m. § 1 Abs. 8 BauGB für den im Lageplan dargestellten Bereich aufzustellen. Der Beschluss wurde mit Aushang vom 19.09.2018 öffentlich bekannt gemacht.

Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit

Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB wurde in Form einer Planauflage bei der Gemeinde Rhede (Ems) vom 27.09.2018 bis 26.10.2018 mit Gelegenheit zur Äußerung und zur Erörterung der Planung durchgeführt. Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung eingegangenen Anregungen und Bedenken der Öffentlichkeit wurden entsprechend der beigefügten Zusammenfassung bei der Aufstellung der Planunterlagen berücksichtigt (Anlage 1).

Frühzeitige Beteiligung der Behörden, Nachbargemeinden und sonst. Träger öffentlicher Belange

Die frühzeitige Unterrichtung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB wurde mit Schreiben vom 26.09.2018 vorgenommen. Auf die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit in Form einer Planauslage vom 27.09.2018 bis 26.10.2018 wurde hingewiesen. Den beteiligten Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange wurde Gelegenheit gegeben, bis zum 26.10.2018 eine Stellungnahme zu der beabsichtigten Planung und dem vorgesehenen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung abzugeben. Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der betroffenen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Anregungen und Bedenken wurden entsprechend der beigefügten Zusammenfassung bei der Aufstellung der Planunterlagen berücksichtigt (Anlage 1).“

BM Conens teilt mit, dass der Anlieger Klaus Schade in seiner Stellungnahme darauf hingewiesen hat, dass derzeit auf dem Hofgrundstück derzeit ausschließlich Betriebsgebäude ohne Tierhaltung befinden, für die Zukunft jedoch nicht vorhergesehen kann, ob dort wieder Tiere gehalten werden. Nach den vorliegenden Gutachten beträgt die Gesamtbelastung an Geruchsimmissionen im Plangebiet maximal 6 % der Jahresstunden; die zulässigen Grenzwerte werden damit unterschritten.

Vorschlag der Verwaltung

Die Verwaltung schlägt vor, die eingegangenen Stellungnahmen entsprechend dem Abwägungsvorschlag zu entscheiden. Die Verwaltung schlägt weiterhin vor, den Bebauungsplan Nr. 28 „Südlich Neurheder Straße/ Östlich Heinz-Meyer-Weg“ in Rhede nebst Anlagen zu billigen. Die Planunterlagen sind öffentlich auszulegen und die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind zu beteiligen.

Der Fachausschuss und der Verwaltungsausschuss haben dem Beschlussvorschlag einstimmig zugestimmt.

Die Mitglieder des Rates fassen einstimmig nachstehenden Beschluss:

„Der Bebauungsplan Nr. 28 „Südlich Neurheder Straße / Östlich Heinz-Meyer-Weg“ in Rhede wird gebilligt und nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt. Der Bebauungsplan Nr. 28 „Südlich Neurheder Straße / Östlich Heinz-Meyer-Weg“, die Begründung, die umweltbezogenen Informationen und die wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen werden in der Zeit vom 31.05.2019 bis 01.07.2019 im Rathaus zur allgemeinen Information der Öffentlichkeit öffentlich ausgelegt. Stellungnahmen zum Entwurf können bis zum 01.07.2019 abgegeben werden. Verspätet abgegebene Stellungnahmen können bei der Beschlussfassung über den Plan gem. § 4a Abs. 6 BauGB unberücksichtigt bleiben. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange werden parallel gem. § 4 Abs. 2 BauGB beteiligt und über die öffentliche Auslegung benachrichtigt. Die Verwaltung wird beauftragt, Ort und Dauer der Auslegung mindestens 1 Woche vorher ortsüblich gemäß Hauptsatzung bekannt zu machen mit dem Hinweis darauf, dass Bedenken und Anregungen während der Auslegungsfrist vorgebracht werden können.“

07.3 36. Änderung des Flächennutzungsplanes – Ausweisung von gemischten Bauflächen (Zone für Handel, Handwerk und Dienstleistung); hier: Behandlung der Stellungnahmen und Feststellungsbeschluss, Az.: 621-12 XXXIX (F-Plan), SV-Nr. 2019-20

BM Conens trägt vor:

„Anlass der Planänderung/Ziele und Zwecke der Planung

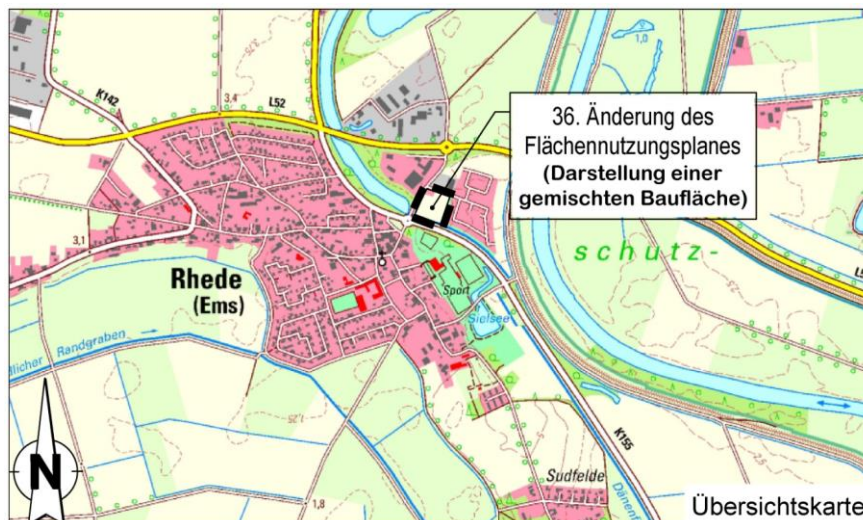
Der Planungsbedarf für die 36. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Rhede (Ems) ergibt sich aus den Planungen zur Änderung der im Änderungsbereich zulässigen Nutzung gemäß § 1 Abs. 1 Nr. 1 BauNVO (Wohnbauflächen) in gemäß § 1 Abs. 1 Nr. 2 BauNVO (gemischte Bauflächen).

Die Nutzungsänderung ist erforderlich, da sich Investoren bei der Gemeinde Rhede (Ems) vorgestellt haben, die Projekte umsetzen wollen die mit den Darstellungen des rechtswirksamen Flächennutzungsplans nicht umsetzbar sind. In der Ursprungsplanung wurde die Fläche des Änderungsbereiches bereits so geplant, dass sie als eigenständige Baufläche vermarktet werden kann, ohne direkte Anbindung zu dem angrenzenden Wohngebiet „Timpahuk“. Mit der Änderung der Darstellung als gemischte Bauflächen, können die geplanten Projekte umgesetzt werden, ohne eine immissionsrechtliche Beeinträchtigung der angrenzenden Wohnnutzung zu bewirken.

Zusätzlich können die bereits im Änderungsbereich befindlichen Nutzungen (Bank, Versicherung) in die Planung integriert werden und es entsteht durch die Nutzungsänderung auch die Möglichkeit der Vermarktung von Flächen an Freiberufler (gem. § 13 BauNVO).

Plangebiet

Der Geltungsbereich der 36. Änderung des Flächennutzungsplans liegt nordöstlich des Ortskerns der Gemeinde Rhede (Ems), östlich der Burgstraße. Der Geltungsbereich ist der nachfolgenden Übersichtskarte zu entnehmen.



Vorbereitende Bauleitplanung

Der F-Plan soll im Rahmen der 36. Änderung des F-Planes (Zone für Handel, Handwerk und Dienstleistung) an die vorgenannten Planungen angepasst und als gemischte Baufläche „M“ gemäß § 1 Abs. 1 Nr.2 BauNVO dargestellt werden. Der Bebauungsplan (B-Plan) soll aus dem Flächennutzungsplan (F-Plan) entwickelt (§ 8 Abs. 2 BauGB) und im Parallelverfahren offengelegt werden.

Aufstellungsbeschluss, Bekanntmachung

Der Gemeinderat hat am 25.10.2018 beschlossen, den Flächennutzungsplan gem. § 2 Abs. 1 BauGB i.V.m. § 1 Abs. 8 BauGB für den im Lageplan dargestellten Bereich zu ändern. Der Änderungsbeschluss wurde mit Aushang vom 30.10.2018 öffentlich bekannt gemacht.

Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit

Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB wurde in Form einer Planaufgabe bei der Gemeinde Rhede (Ems) vom 08.11.2018 bis 07.12.2018 mit Gelegenheit zur Äußerung und zur Erörterung der Planung durchgeführt.

Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung eingegangenen Anregungen und Bedenken der Öffentlichkeit wurden entsprechend der beigefügten Zusammenfassung bei der Aufstellung der Planunterlagen berücksichtigt (Anlage 1).

Frühzeitige Beteiligung der Behörden, Nachbargemeinden und sonst. Träger öffentlicher Belange

Die frühzeitige Unterrichtung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB wurde mit Schreiben vom 07.11.2018 vorgenommen. Auf die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit in Form einer Planauslage vom 08.11.2018 bis 07.12.2018 wurde hingewiesen. Den beteiligten Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange wurde Gelegenheit gegeben, bis zum 07.12.2018 eine Stellungnahme zu der beabsichtigten Planung und dem vorgesehenen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung abzugeben.

Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Anregungen und Bedenken wurden entsprechend der beigefügten Zusammenfassung bei der Aufstellung der Planunterlagen berücksichtigt (Anlage 1).

Billigung des Änderungsentwurfs und Auslegungsbeschluss

Der Entwurf der 36. Änderung des Flächennutzungsplanes – Ausweisung von gemischten Bauflächen (Zone für Handel, Handwerk und Dienstleistung) wurde in der Ratssitzung am 21.02.2019 ausführlich erörtert und gebilligt. Gleichzeitig wurde beschlossen, die Änderung nach § 3 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 07.03.2019 bis 08.04.2019 öffentlich auszulegen. Die Bekanntmachung erfolgte am 27.02.2019.

Beteiligung der Öffentlichkeit

Der Entwurf der 36. Änderung des Flächennutzungsplanes – Ausweisung von gemischten Bauflächen (Zone für Handel, Handwerk und Dienstleistung), die Begründung, die umweltbezogenen Informationen und die wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen wurden in der Zeit vom 07.03.2019 bis 08.04.2019 im Rathaus zur allgemeinen Information der Öffentlichkeit öffentlich ausgelegt.

Behandlung der Stellungnahmen

Die im Rahmen der Auslegung eingegangenen Anregungen und Bedenken der Öffentlichkeit sind in einer Übersicht (Anlage 2) aufgelistet und mit einer Stellungnahme nebst Entscheidungs- und Abwägungsvorschlag versehen.

Beteiligung der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden

Die Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden wurden parallel gemäß § 4 Abs. 2 BauGB beteiligt und über die öffentliche Auslegung unterrichtet.

Behandlung der Stellungnahmen

Die Stellungnahmen der Behörden, Nachbargemeinden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind in einer Übersicht (Anlage 2) aufgelistet und mit einer Stellungnahme nebst Entscheidungs- und Abwägungsvorschlag versehen.“

Vorschlag der Verwaltung

Die Verwaltung schlägt vor, den nachfolgenden Beschluss zu fassen und das Verfahren zum Abschluss zu bringen.

Der Fachausschuss und der Verwaltungsausschuss haben dem Beschlussvorschlag einstimmig zugestimmt.

Die Mitglieder des Rates fassen einstimmig nachstehenden Beschluss:

„Nach Abwägung der öffentlichen und privaten Belange untereinander und gegeneinander werden die zum Änderungsentwurf der 36. Änderung des Flächennutzungsplanes – Ausweisung von gemischten Bauflächen (Zone für Handel, Handwerk und Dienstleistung) abgegebenen Stellungnahmen entsprechend dem Entscheidungsvorschlag berücksichtigt bzw. zurückgewiesen. Der Feststellungsbeschluss zur 36. Änderung des Flächennutzungsplanes – Ausweisung von gemischten Bauflächen (Zone für Handel, Handwerk und Dienstleistung) wird gefasst. Die 36. Änderung des Flächennutzungsplanes – Ausweisung von gemischten Bauflächen (Zone für Handel, Handwerk und Dienstleistung) ist dem Landkreis Emsland zur Genehmigung vorzulegen. Die Genehmigung der 36. Änderung des Flächennutzungsplanes – Ausweisung von gemischten Bauflächen (Zone für Handel, Handwerk und Dienstleistung) ist gemäß § 6 Abs. 5 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. Mit dieser Bekanntmachung wird die 36. Änderung des Flächennutzungsplanes wirksam.“

07.4 6. Änderung B-Plan Nr. 18 „Timpahuk“ - Ausweisung von gemischten Bauflächen (Zone für Handel, Handwerk und Dienstleistung); hier: Behandlung der Stellungnahmen und Satzungsbeschluss, Az: 621-741, SV-Nr. 2019-21

BM Conens trägt vor:

„Anlass der Planänderung/Ziele und Zwecke der Planung

Der Planungsbedarf für die Aufstellung der 6. Änderung des Bebauungsplans Nr. 18 „Timpahuk“ der Gemeinde Rhede (Ems) ergibt sich aus den Planungen zur Änderung der im Änderungsbereich zulässigen Nutzung gemäß § 1 Abs. 2 Nr. 3 BauNVO (Allgemeines Wohngebiet (WA) in gemäß § 1 Abs. 2 Nr. 6 BauNVO (Mischgebiet (MI)).

Die Nutzungsänderung ist erforderlich, da sich Investoren bei der Gemeinde Rhede (Ems) vorgestellt haben, die Projekte umsetzen wollen die mit den Festsetzungen des rechtskräftigen

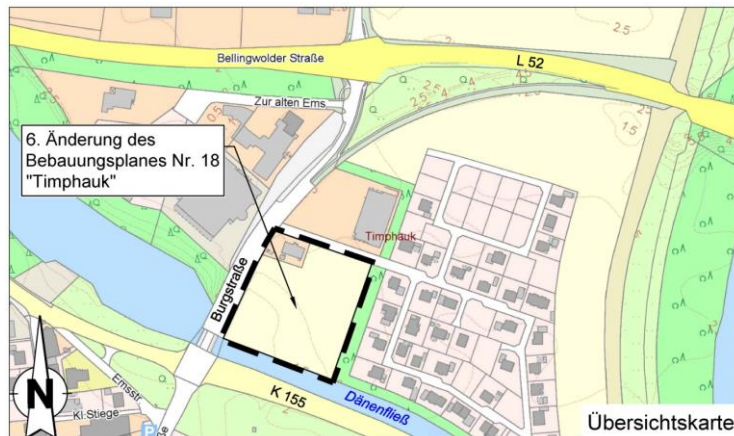
Bebauungsplans nicht umsetzbar sind. In der Ursprungsplanung wurde die Fläche des Änderungsbereiches bereits so geplant, dass sie als eigenständige Baufläche vermarktet werden kann, ohne direkte Anbindung zu dem angrenzenden Wohngebiet „Timpahuk“.

Mit der Änderung der Festsetzung als „Mischgebiet (MI)“ können die geplanten Projekte umgesetzt werden, ohne eine immissionsrechtliche Beeinträchtigung der angrenzenden Wohnnutzung zu bewirken.

Zusätzlich können die bereits im Änderungsbereich befindlichen Nutzungen (Bank, Versicherung) in die Planung integriert werden und es entsteht durch die Nutzungsänderung auch die Möglichkeit der Vermarktung von Flächen an Freiberufler (gem. § 13 BauNVO).

Plangebiet

Der Geltungsbereich der 6. Änderung des B-Plans Nr. 18 „Timpahuk“ befindet sich im westlichen Abschnitt des Ursprungsplans, parallel östlich zur Burgstraße. Der Geltungsbereich ist der nachfolgenden Übersichtskarte zu entnehmen.



Vorbereitende Bauleitplanung

Der Bebauungsplan (B-Plan) soll aus dem Flächennutzungsplan (F-Plan) entwickelt werden (§ 8 Abs. 2 BauGB). Der F-Plan soll im Parallelverfahren im Rahmen der 36. Änderung des F-Planes (Zone für Handel, Handwerk und Dienstleistung) an die vorgenannten Planungen angepasst und als gemischte Baufläche „M“ gemäß § 1 Abs. 1 Nr.2 BauNVO dargestellt werden.

Aufstellungsbeschluss, Bekanntmachung

Der Gemeinderat hat am 25.10.2018 beschlossen, den Bebauungsplan gem. § 2 Abs. 1 BauGB i.V.m. § 1 Abs. 8 BauGB für den im Lageplan dargestellten Bereich aufzustellen. Der Beschluss wurde mit Aushang vom 30.10.2018 öffentlich bekannt gemacht.

Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit

Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB wurde in Form einer Planaufgabe bei der Gemeinde Rhede (Ems) vom 08.11.2018 bis 07.12.2018 mit Gelegenheit zur Äußerung und zur Erörterung der Planung durchgeführt. Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung eingegangenen Anregungen und Bedenken der Öffentlichkeit wurden entsprechend der beigefügten Zusammenfassung bei der Aufstellung der Planunterlagen berücksichtigt (Anlage 1).

Frühzeitige Beteiligung der Behörden, Nachbargemeinden und sonst. Träger öffentlicher Belange

Die frühzeitige Unterrichtung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB wurde mit Schreiben vom 07.11.2018 vorgenommen. Auf die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit in Form einer Planauslage vom 08.11.2018 bis 07.12.2018 wurde hingewiesen. Den beteiligten Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange wurde Gelegenheit gegeben, bis zum 07.12.2018 eine Stellungnahme zu der beabsichtigten Planung und dem vorgesehenen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung abzugeben. Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der betroffenen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Anregungen und Bedenken wurden entsprechend der beigefügten Zusammenfassung bei der Aufstellung der Planunterlagen berücksichtigt (Anlage 1).

Billigung des Änderungsentwurfs und Auslegungsbeschluss

Der Entwurf der 6. Änderung des Bebauungsplans Nr. 18 „Timphauk“ der Gemeinde Rhede (Ems) – Ausweisung von gemischten Bauflächen (Zone für Handel, Handwerk und Dienstleistung) wurde in der Ratssitzung am 21.02.2019 ausführlich erörtert und gebilligt. Gleichzeitig wurde beschlossen, die Änderung nach § 3 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 07.03.2019 bis 08.04.2019 öffentlich auszulegen. Die Bekanntmachung erfolgte am 27.02.2019.

Beteiligung der Öffentlichkeit

Der Entwurf der 6. Änderung des Bebauungsplans Nr. 18 „Timpfauk“ der Gemeinde Rhede (Ems) – Ausweisung von gemischten Bauflächen (Zone für Handel, Handwerk und Dienstleistung), die Begründung, die umweltbezogenen Informationen und die wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen wurden in der Zeit vom 07.03.2019 bis 08.04.2019 im Rathaus zur allgemeinen Information der Öffentlichkeit öffentlich ausgelegt.

Behandlung der Stellungnahmen

Die im Rahmen der Auslegung eingegangenen Anregungen und Bedenken der Öffentlichkeit sind in einer Übersicht (Anlage 2) aufgelistet und mit einer Stellungnahme nebst Entscheidungs- und Abwägungsvorschlag versehen.

Beteiligung der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden

Die Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden wurden parallel gemäß § 4 Abs. 2 BauGB beteiligt und über die öffentliche Auslegung unterrichtet.

Behandlung der Stellungnahmen

Die Stellungnahmen der Behörden, Nachbargemeinden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind in einer Übersicht (Anlage 2) aufgelistet und mit einer Stellungnahme nebst Entscheidungs- und Abwägungsvorschlag versehen.“

Vorschlag der Verwaltung

Die Verwaltung schlägt vor, den nachfolgenden Beschluss zu fassen und das Verfahren zum Abschluss zu bringen.

Ratsherr Willerding begrüßt die angedachten Planungsansätze für die Fläche im Timpfauk. Die Umsetzung der Maßnahmen ist positiv für die Gemeinde Rhede (Ems), so Willerding.

RV Staars schließt sich der Aussage von Herrn Willerding an, zumal eine derartige Entwicklung der Bebauung in dem Bereich nicht absehbar war.

Der Fachausschuss und der Verwaltungsausschuss haben dem Beschlussvorschlag einstimmig zugestimmt.

Die Mitglieder des Rates fassen einstimmig nachstehenden Beschluss:

„Nach Abwägung der öffentlichen und privaten Belange untereinander und gegeneinander werden die zur 6. Änderung des Bebauungsplans Nr. 18 „Timpfauk“ der Gemeinde Rhede (Ems) – Ausweisung von gemischten Bauflächen (Zone für Handel, Handwerk und Dienstleistung) abgegebenen Stellungnahmen entsprechend dem Entscheidungsvorschlag berücksichtigt bzw. zurückgewiesen. Die 6. Änderung des Bebauungsplans Nr. 18 „Timpfauk“ der Gemeinde Rhede (Ems) – Ausweisung von gemischten Bauflächen (Zone für Handel, Handwerk und Dienstleistung) wird nach § 10 BauGB Abs. 1 als Satzung beschlossen. Der Bebauungsplan tritt mit der ortsüblichen Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses gemäß § 10 Abs. 3 BauGB in Kraft.“

08. Vorlagen des Verwaltungsausschusses (Sitzung am 09.05.2019)

08.1 Aufnahme in das Dorfentwicklungsprogramm der Gemeinde Rhede (Ems):
hier: Auftragsvergabe eines Planungsbüros, Az.: 600-461, SV-Nr.: 2019-22

BM Conens trägt vor:

„Die Gemeinde Rhede (Ems) hat sich um die Aufnahmen in das Dorfentwicklungsprogramm des Landes Niedersachsen beworben. Am 17.12.2018 hat das Nds. Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz verkündet, dass die Dorfregion Rhede

aufgenommen worden ist. Für die Planung und die Umsetzungsbegleitung der Dorfentwicklung ist die Beauftragung eines Planungsbüros erforderlich. Die Gemeinde Rhede (Ems) hat vier Büros aufgefordert, ein Konzept für die Erstellung eines Dorfentwicklungsplanes für die Dorfregion Rhede vorzustellen und die Büros zu einem entsprechenden Termin am 06.05.2019 eingeladen.

An der Präsentation nehmen Ratsvorsitzender Theo Staars, Ortsbürgermeisterin Adele Telgen, Ortsbürgermeister Frank Hunfeld, Ortsvorsteher Lars Biergans, als Vertreter der Gemeindeverwaltung Bürgermeister Gerd Conens und Bauamtsleiter Heinz Mensing sowie Vertreter des Amtes für Regionale Landesentwicklung (in beobachtender Funktion) teil.

Die Präsentation wird anhand einer Bewertungsmatrix, die den Büros mit der Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes übersendet worden ist, bewertet. Das Konzept des Büros „pro-t-in, Lingen“ ist nach der Bewertung der Präsentationen auf Rang 1 der Bewertungsmatrix. Das Büro ist geeignet, den Auftrag fachkundig und zuverlässig auszuführen. Das Amt für regionale Landesentwicklung (ARL) hat aufgrund der Grunddaten und den Angaben im ursprünglichen Aufnahmeantrag der Gemeinde Rhede eine Honorarermittlung vorgenommen. Der hier ermittelte Höchstbetrag des förderfähigen Honorars liegt bei 65.763,06 €. Gem. Ziffer 3.4.2 Satz 1 der ZILE-Richtlinie beträgt der Fördersatz 75 % der förderfähigen Ausgaben (49.322,30 €).

Die Gemeinde Rhede (Ems) hat in Abstimmung mit dem ARL das Honorar für die Erstellung des Dorfentwicklungsplanes mit einem Betrag in Höhe von 65.000 € festgesetzt. Nach Ziffer 3.4.2. Satz 2 der o.a. Richtlinie ist der Zuschuss für derartige Projekte auf 50.000,00 € begrenzt. Die Gemeinde Rhede schöpft somit den Förderhöchstbetrag aus. Es ist noch eine Vergabepfung durch das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Emsland erforderlich.

Nach Zustimmung des Rechnungsprüfungsamtes sind mit dem ausgewählten Planungsbüro Verträge für die Erstellung einer Dorfentwicklungsplanung sowie zur Begleitung der Umsetzung des Dorfentwicklungsplanes abzuschließen. Entsprechende Entwürfe sind der Vorlage beigelegt.

RV Staars verweist auf die sehr interessante Bewerbungsrunde der Planungsbüros. Es gab sehr unterschiedliche Planungsansätze. Das Büro pro-t-in hat einen sehr guten Eindruck hinterlassen.

Ratsherr Hunfeld bestätigt die Aussagen des Ratsvorsitzenden und verweist darauf, dass neben der städtebaulichen Dorfentwicklung auch die sozialen Komponenten einen hohen Stellenwert in dem Dorfentwicklungsprogramm haben. Dies ist für die Dorfgemeinschaften sehr wichtig.

BM Conens teilt auf Anfrage von Ratsherrn Hiller mit, dass das Planungsbüro pro-t-in durch das Projekt „Emsland-Dorfplan“ Brual und Neurhede im vergangenen Jahr bekannt ist. Die Gemeinde hat gute Erfahrungen mit der Firma gemacht. Das Planungsbüro pro-t-in wird personell von Frau Dr. Wilbers-Nötzel und Herrn Strakeljahn vertreten. Der städtebauliche Bereich wird von dem Planungsbüro Gertken aus Werlte begleitet. Er betont die Wichtigkeit des Projektes für die künftige Entwicklung der Gemeinde Rhede (Ems).

Ratsherr Husmann bestätigt die Aussage von BM Conens und verweist auf die frühere Dorferneuerung in der Einheitsgemeinde. Das Dorfentwicklungsprogramm hat einen großen Mehrwert für die Gemeinde.

Der Verwaltungsausschuss hat dem Beschlussvorschlag einstimmig zugestimmt.

Die Mitglieder des Rates fassen einstimmigen Beschluss:

„Der Auftrag für die Erstellung eines Dorfentwicklungsplanes sowie zur Begleitung der Umsetzung des Dorfentwicklungskonzeptes für die Gemeinde Rhede (Ems) wird dem Planungsbüro „pro-t-in“ aus Lingen erteilt. Die Auftragsvergabe steht unter dem Vorbehalt, dass die Vorvergabeprüfung durch das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Emsland ohne Beanstandungen erfolgt.“

08.2 Wiedereinführung der maschinellen Straßenreinigung in der Fasanen- und Hedwigstraße Az.: 863-05,SV-Nr.: 2019-24

BM Conens trägt vor:

„Auf Wunsch von Anliegern der Fasanen- und Hedwigstraße wurde in Abstimmung mit dem Ortsrat Brual über einen Zeitraum von rund einem Jahr durch die Firma Abeln aus Aschendorf probeweise die maschinelle Straßenreinigung in der Fasanen- und Hedwigstraße entlang der hier vorhandenen Gosse (bis zum Grundstück Hedwigstraße 8) auf einer Länge von insgesamt 1.115 Meter durchgeführt (siehe beigefügte Übersichtskarte).

Die maschinelle Reinigung war dort vor rund 20 Jahren aufgrund des hohen Aufkommens an Kastanienblättern eingestellt worden. Seinerzeit mussten die Anlieger trotz maschineller Straßenreinigung selber noch in größerem Umfang zusätzlich Reinigungsarbeiten durchführen.

Die Erfahrung mit der jetzt probeweise erfolgten Reinigung zeigt, dass die maschinelle Reinigungsleistung ausreichend ist und keine zusätzliche Reinigung durch die Anlieger mehr erforderlich ist. Die Anlieger wurden vom Ratsmitglied Josef Schubert zu der Reinigungsleistung befragt. Es wurden keine Einwände gegen die Reinigungsleistung und gegen die Wiedereinführung der maschinellen Straßenreinigung erhoben. Bei Wiedereinführung der Reinigung sind von den Anliegern die gleichen Straßenreinigungsgebühren wie in der restlichen Gemeinde zu zahlen. Die Gebühr beträgt zurzeit 0,80 € pro Jahr für den zu reinigenden Meter Straßenfront.“

Der Verwaltungsausschuss hat dem Beschlussvorschlag einstimmig zugestimmt.

Die Mitglieder des Rates fassen einstimmigen Beschluss:

„Die maschinelle Straßenreinigung wird in der Fasanenstraße und Hedwigstraße ab dem 01.06.2019 wieder eingeführt. Die Anlage zur Straßenreinigungssatzung (Straßenliste) wird entsprechend ergänzt.“

08.3 Abschluss einer öffentlich rechtlichen Zweckvereinbarung mit der Stadt Papenburg zur Abnahme von Klärschlamm, Az: 865-014, SV-Nr. 2019-26

BM Conens trägt vor:

„Bis zum Jahr 2016 wurde der Großteil des in Rhede anfallenden Klärschlammes auf landwirtschaftliche Flächen aufgebracht. Da dies rechtlich nicht mehr erfolgen darf, wird seit dem Jahr 2016 der in der Kläranlage Rhede (Ems) anfallende Klärschlamm zur Mitbehandlung an die Kläranlage Papenburg geliefert (siehe hierzu auch Protokoll der Sitzung des Verwaltungsausschusses (VA) vom 21.03.2019).

Ab dem 01.01.2021 werden Leistungen einer juristischen Person des öffentlichen Rechts auf privatrechtlicher Grundlage voll umsatzsteuerpflichtig. Leistungen auf öffentlich-rechtlicher Grundlage hingegen sind in der Regel von der Umsatzsteuer befreit, soweit keine größeren Wettbewerbsverzerrungen entgegenstehen. Um zukünftig vor dem Hintergrund der Umstellung des Umsatzsteuerrechts für Kommunen nach § 2b UStG keine Umsatzsteuer auf

die entsprechenden Leistungen erheben zu müssen, ist die bisherige privatrechtliche Vereinbarung zwischen der Stadt Papenburg und der Gemeinde Rhede (Ems) durch eine öffentlich-rechtliche Zweckvereinbarung im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit zu ersetzen. Dieser öffentlich-rechtlichen Zweckvereinbarung müssen die Räte beider Kommunen zustimmen. Dem Rat der Stadt Papenburg wird daher in Kürze ebenfalls eine entsprechende Beschlussvorlage vorgelegt.

Hinweis:

Derzeit wird für die Kläranlage Rhede die Errichtung einer stationären Klärschlammmentwässerung. Der Klärschlamm ist anschließend so weit entwässert, dass er z.B. einer Verbrennungsanlage zugeführt werden kann. Mit einer Fertigstellung der Planung und einer entsprechenden Vorlage für die Gremien wird im Juni gerechnet.

Sofern die Errichtung und Inbetriebnahme der geplanten Entwässerungsanlage noch in diesem Jahr realisiert werden kann, ist ein Klärschlammtransport nach Papenburg dann nicht mehr erforderlich. Für die Gemeinde Rhede besteht jedoch auch nach Abschluss der Zweckvereinbarung keine Klärschlamm - Lieferverpflichtung gegenüber der Stadt Papenburg (s. § 6 Abs. 3 der Vereinbarung). Die Stadt Papenburg ist über die Planungen der Gemeinde Rhede zur Errichtung einer stationären Klärschlammmentwässerung informiert.“

BM Conens teilt auf Anfrage von Rats Herrn Heyers mit, dass eine landwirtschaftliche Verwertung aus rechtlichen Gründen sowie aufgrund der fehlenden Akzeptanz in Bereichen der Landwirtschaft und der Lebensmittelerzeugung problematisch ist. Dem Hinweis von Heyers, zu prüfen, ob eine Verwertung in der Landwirtschaft unter Berücksichtigung der hohen Kosten der Abgaben an z.B. Papenburg, erfolgen kann, soll nachgegangen werden.

Anmerkung zum Protokoll: Eine Aufbringung von Klärschlamm auf landwirtschaftliche Nutzflächen ist in Rhede nicht in erforderlichem Umfang möglich, weil Ausbringungsflächen nicht in ausreichendem Umfang zur Verfügung stehen. Auch über entsprechende Vermittlungsdienste stehen keine ausreichenden Flächen zur Verfügung.

Der Verwaltungsausschuss hat dem Beschlussvorschlag einstimmig zugestimmt.

Die Mitglieder des Rates fassen einstimmigen Beschluss:

„Der Rat beschließt den Abschluss der beigefügten Zweckvereinbarung. Die weiteren Ausführungen werden zur Kenntnis genommen

09. Mitteilungen des Bürgermeisters

Az: 064-00, Europawahl

BM Conens verweist auf das Memorandum zur Europawahl am 26.05.2019 und hofft auf eine hohe Wahlbeteiligung. Zeitgleich finden Landratswahlen für den Landkreis Emsland und die Bürgermeisterwahlen in der Gemeinde Rhede (Ems) statt. Die Vertreter des Gemeinderates schließen sich diesem Memorandum an und appellieren an die Bürgerinnen und Bürger, sich an den Wahlen zu beteiligen.

10. Anträge und Anfragen

-/-

11. Einwohnerfragestunde

Az: 621-62, 2. Änderung Bebauungsplan 12 A „Maritimes Wohnen am Spiek“

Die Eheleute Opderbeck, Am Altarm 54, Rhede sowie mehrere weitere Anwohner des Wohngebietes „Spieksee“ in Rhede verweisen auf eine errichtete Garage auf einem Grundstück. Diese Garage gleicht nach Ansicht der Anwohner aufgrund der Maße und Gestaltung einer Gewerbehalle. Die Gemeinde wird um Prüfung gebeten, ob dieses Gebäude den Festsetzungen des Bebauungsplanes entspricht.

BM Conens informiert über die rechtlichen Vorgaben des § 62 Niedersächsische Bauordnung (NBauO). Die Rechtmäßigkeit des Bauvorhabens im Sinne der Festsetzungen des Bebauungsplanes ist durch den Architekten zu prüfen und zu bestätigen. Die Unterlagen zum o.a. Vorhaben wurden mit dieser Bestätigung bei der Gemeinde eingereicht, die die Erschließung des Vorhabens bestätigt und dann die Unterlagen an den Landkreis Emsland als zuständige Baugenehmigungsbehörde weitergeleitet hat. Der Landkreis hat die Unterlagen zur Kenntnis genommen und es konnte mit dem Bau begonnen werden. Die Verantwortung für die Einhaltung der Vorgaben des Bebauungsplanes liegt beim Architekten. Die Verwaltung wird den Landkreis Emsland über die Hinweise der Bürger informieren.

12. Schließung der Sitzung

RV Staars schließt die öffentliche Sitzung des Rates um 20.45 Uhr.

Conens
Bürgermeister

Staars
Ratsvorsitzender

Lüsing-Hauert
Protokollführer